

Neue Podzer Zeitung

Redaktion und Geschäftsstelle
Petrikauer-Strasse Nr. 15.
Telephon Nr. 283.

Inseratpreise: 3-wöchentliche Monatsblätter oder deren Raum 10 Mk., Ausland 15 Mk. V. R. Restant. In der ersten Seite (doppelt so breit) 40 Mk., Ausland 50 Mk. pro Raum der Monatsblätter. Einzel. 50 Mk. pro Monatsblatt. Bei Anstalt, Schräglauf u. dergl. 50 Prozent Anschlag. Inserate werden nach Maßgabe der Platzgröße, es können aber besondere Abmachungen nicht berücksichtigt werden, daher auch keine dahingehenden Reklamationen. Anfertigung durch alle Anzeigen-Büros.

Nr. 70.

Freitag, den 18. März 1921.

20. Jahrgang.

Die Konstitution angenommen. Der Frieden unterzeichnet.

Wd., den 17. März.

Die Ereignisse häufen sich. Die Verfassung für die polnische Republik ist endlich angenommen worden.

Die einzelnen Bestimmungen der Verfassung sind unseren Lesern aus früheren Berichten bekannt. Man kann nicht sagen, daß diese neueste Staatsverfassung nicht besser hätte ausfallen können. Aber sie ist nun endlich da und damit ist eine Grundlage für das Staatswesen Polens geschaffen worden, das bisher gleichsam ohne Unterlage, ohne feststehendes Fundament in der Luft schwebte.

Wir haben das Zweikammersystem erhalten. Die vom Sejm geschaffenen Gesetze werden vom Senat durchgesehen und geprüft und es werden von ihm Verbesserungen vorgeschlagen. Der Sejm behält aber die endgültige Entscheidung. So ist der Senat mehr oder weniger eine beratende Institution. Da der Sejm auf Grund des allgemeinen, gleichen Verhältniswahlrechts zustande kommt, so ist es verständlich, daß viele seiner Mitglieder überall hin besser passen könnten, als in eine gesetzgebende Versammlung. Die Masse folgt den Schlagwörtern und Versprechungen und ist für Ruffrischler und Schmeicheleien sehr empfänglich, ganz besonders bei uns, wo die Kräfte im politischen Denken nicht gewöhnt sind. Sie wählt unter dem Eindruck des Augenblicks. Deshalb ist der Senat bei uns gewiß nicht so überflüssig, wie ihn gewisse Kreise hinstellen wollen, wenigstens einweilen.

Eine andere Frage ist es, ob seine Zusammenfassung sehr günstig ist. Hier ließe sich natürlich so manches einwenden und über manches streiten.

Wie dem auch sei, die Verfassung ist endlich da und damit ist der junge Staat einen bedeutenden Schritt vorwärts gekommen. Lange genug haben unsere Volksvertreter gebraucht, um diese Verfassung zustande zu bringen.

Aus interessiert es ganz besonders, daß die demokratischen Bestimmungen, nach denen der Präsident unserer Republik durchaus ein Pole und Katholik sein muß und daß die katholische Kirche eine dominierende Stellung im Staate einnimmt, gestrichen wurden. Bei der Person des Präsidenten ist von der Bestimmung der Nationalität und Religion ganz Abstand genommen worden, während das katholische Bekenntnis im Staate unter gleichberechtigten Bekenntnissen eine privilegierte Stellung erhält, als Bekenntnis der Majorität der Staatsbürger.

In dieser Beziehung sind die Protestversammlungen der Evangelischen offenbar nicht erfolglos gewesen.

Nicht nur die verfassunglose Zeit hat ihr Ende erreicht, es soll auch endlich der Friede unter Dach gebracht werden. Heute abend um 7 Uhr soll er in Riga unterzeichnet werden, während heute abend auch das Gesetz über die Verfassung endgültig angenommen werden wird.

Der Frieden mit Sowjetrußland macht dem gegenwärtigen Zustande des Waffenstillstandes ein Ende. Es fallen damit alle die vielen außerordentlichen Nachbesserungen, die der Kriegszustand den Zivil- und Militärbehörden einräumt. Das Leben tritt in geordnete Bahnen und es wird die Möglichkeit im absehbarer Zeit eintreten, mit unserem Nachbarn im Osten in wirtschaftlichen Austausch der Landesprodukte zu treten.

Das eröffnet eine ausblickreichere Perspektive für unseren Handel und unsere Industrie. Rußland ist ein unerschöpfbares Abgabebiet und ein Land voll ungeheurer Naturkräfte. Der Frieden mit diesem riesennahen Land muß uns wie belebend auf unser Land einwirken.

So ist der 17. März in der Geschichte des wiedererstandenen polnischen Reiches ein bedeutungsvoller Tag geworden. Hoffen wir, daß er einen Wendepunkt zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen bei uns wird.

Der Sejm.

221. Sitzung vom 17. März.

Der Marschall erklärt: Wir treten in die Tagesordnung mit Nr. 1 ein, d. i. zur Beendigung der 8. Lesung des Verfassungsgesetzes. Es ist bereits über alle Artikel abgestimmt worden, es verbleiben nur noch die zeitweiligen Bestimmungen, u. zw. Art. 127. Einem Antrag der Mehrheit zufolge verpflichtet Art. 128 vom Tage seiner Veröffentlichung an. Alle anderen jetzt bestehenden Vorschriften und Anordnungen, die nicht mit den Bestimmungen der Verfassung übereinstimmen, werden spätestens ein Jahr nach Annahme dieser Konstitution der geltenden Körperschaft zu Vereinfachung mit ihr auf gesetzlichem Wege abzuheben.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Es verbleibt noch die Annahme des ganzen Gesetzes en bloc. Nach den Reden der Abg. Niedziakowski, Wozniak und Szymanski sagt der Marschall: Wir schreiten somit zur Abstimmung über das ganze

Verfassungsgesetz. Ich ersuche die Herren, die für dasselbe sind, anzukommen. Mit überwältigender Stimmenmehrheit wird darauf das Gesetz in 8. Lesung angenommen. (Händeklatschen). Der Marschall hält hierauf folgende Ansprache:

Im heutigen geschichtlichen Augenblick erinnere ich an die einleitenden Worte der Verfassung, die wir soeben der Polnischen Republik gegeben haben.

Im Namen Gottes, des Allmächtigen, danke ich die Vorkehrung für unsere Errettung aus der anderthalbhundertjährigen Knechtschaft. Mit Dankbarkeit der mannhaften Ansäuer in dem opferreichen Kampf der Geschlechter, die ihre Bemühungen der Unabhängigkeitsfrage widmeten, gedenkend, an die glänzende Tradition der einst denkwürdigen Verfassung des 3. Mai anknüpfend, das Wohl des ganzen vereinigten und unabhängigen Vaterlandes im Auge, wollen wir die Unabhängigkeit, die Freiheit, die Macht und Sicherheit nach den ewigen Grundgesetzen des Rechtes und Eigentums befestigen und gleichzeitig die Entwicklung aller ihrer sittlichen und materiellen Kräfte zum Wohle der wiedererwachenden Menschheit fördern und allen Bürgern der Polnischen Republik Gleichheit und Achtung der Arbeit garantieren sowie die zunehmenden Rechte und die staatliche Fürsorge zu fördern. Dieses Verfassungsgesetz beschließen und setzen wir in dem geschriebenen Sejm der Republik fest.

Mit dem heutigen Tage betritt die Republik den Weg der gesetzlichen Entwicklung. Der Staat ist ein organisiertes Volk und das Fundament der Organisation ist die Verfassung. Die Grundgedanken der Verfassung waren bei uns Gegenstand scharfer Kämpfe, was übrigens auch bei anderen Völkern der Fall war. Siegest hat indessen die Überzeugung, daß nur ein Volk mit einheitlichem Willen und Energie Freiheit und die Achtung der anderen Völker verdient.

Der Sejm erbringt heute den Beweis für die Reife des Volkes. Wir hielten uns nicht an gelehrte Doktrinen, sondern an das Leben und seine Bedürfnisse nach den geistigen Erfahrungen anderer Völker mit demokratischem System.

Unsere Konstitution weist unzweifelhaft Fehler auf, die sich in der Hitze des Kampfes, in der sie geboren wurde, einschließen haben. Diese Fehler werden nicht schwer zu beseitigen sein, da wir davon überzeugt sind, daß im polnischen Sejm und Senat stets eine Mehrheit vorhanden sein wird, deren Wegweiser in dem Wohl des Vaterlandes bestehen wird. Wie verließen die Verfassung mit Vorschriften, die ihre Abänderung erschweren, da wir ihr einen dauernden Charakter und die Vergrößerung des Vertrauens zum polnischen Staat geben wollten.

Berechtere Abgeordnete! Gestern und heute haben Sie bewiesen, daß im polnischen Volke die Ordnungstendenzen alle Hindernisse überwinden. Auch erbrachten Sie den Beweis für ein hohes Staatsbürgergefühl. Denken Sie stets daran, daß der Staat in der Sicherheit des Lebens, der Freiheit, der Habe und in der Gerechtigkeit besteht.

In diesem festlichen und trendigen Augenblick dürfen wir auch unsere Brüder, nicht vergessen, die nach auf die Vereinigung mit dem Mutterlande warteten, u. zw. die Brüder in Oberschlesien deren Schicksal sich in 8 Tagen entscheidet. Diesen Brüdern strecken wir die Hände entgegen und rufen, wie es in der Hymne heißt, die uns 100 Jahre lang in der Knechtschaft gestärkt hat: „Gib ihnen Vaterland und Freiheit wieder.“

Nach der Rede wird die erste Strophe des „Gott, der du Polen“ gesungen.

Der Marschall: Und jetzt, ehe wir zur weiteren Tagesordnung schreiten, begeben wir uns alle, nach der Gewohnheit unserer Vorfahren im Sejm, nach dem Vorbilde, das die Verfassung des 3. Mai 1791 gab, in die Kathedrale, um Gott für die uns erwiesene Gnade zu danken.

Die Konstitutionsfeier in Warschau.

Warschau, 17. März. (Pat.) Der feierliche Anzug anlässlich der Annahme der Verfassung wurde auf den heutigen Tag verlegt. Um 5 Uhr nachmittags bildete sich an der Wieszlastraße vor dem Sejm eine riesige Prozession, an deren Spitze Militärorchester, die Sejmabgeordneten mit dem Marschall, Vertreter der Regierung, der Unterrichtsministerien, Vereine, der Zöglinge der höheren und mittleren Schulen, die Innungen mit den Köhnen usw. gingen. Die Prozession durchschritt die Straßen Nowy Swiat und Krakauer Vorstadt bis zur Kathedrale, wo Kardinal Kalowski in Assistenz einer zahlreichen Geistlichkeit ein feierliches Te Deum gelehrte. Dem Gottesdienste wohnten bei: der Staatschef, das diplomatische Korps und die Vertreter der auswärtigen militärischen Gesandtschaften. Der Gottesdienst endete mit dem

Abingen des „Gott, der du Polen“ sein Ende, worauf sich die Abgeordneten in das Sejmgebäude zurückzogen, um die für heute vorgesehenen Arbeiten weiterzuführen. Die ganze Feier fiel glänzend aus. Die Hochrufe zu Ehren des Staatschefs, des Sejm, des Marschalls, der Konstitution und Oberschlesiens wollten kein Ende nehmen. Alle Häuser waren mit den Nationalflaggen geschmückt.

Warschau, 17. März. (E. G.) Nachdem das Verfassungsgesetz vom Sejm ein bloc angenommen war, hielt der Marschall eine Rede, die wir im Wortlaut an anderer Stelle wiedergeben, worauf sich der Sejm in die Johannes-Kathedrale begab, um am Grabe St. Marcinowski (Marschall des vierjährigen Sejms) einen Kranz niederzulegen. Nach dem Gottesdienst in der Kathedrale wurden auf Befehl der höheren Behörden von den Horts der Blawelle 100 Kranzschäfte abgesetzt.

Warschau, 17. März. (E. G.) In der heutigen Sitzung der Finanzbudgetkommission wurde ein Gesetzentwurf angenommen, wodurch die Neuaufstellung der Kirche einer Kirche zur Erinnerung an die Annahme der polnischen Verfassung ermöglicht wird. Gleichzeitig wurde die Regierung aufgefordert aus diesem Anlaß ein Gesetz vorzubereiten über die Errichtung eines gemeinnützigen Werkes, wie einer öffentlichen Bibliothek, eines Volkshauses o. dgl. Nach der Rückkehr aus der Kirche soll der Sejm ein Amnestiegesetz für Verbrecher annehmen. Wie der „Przegl. Wicz.“ erklärt, wird sich die Amnestie auf Personen beziehen, denen Todesstrafe droht sowie Verurteilung der Briefe bei Kerkerstrafen. Manche Kategorien von Strafen werden ganz erlassen.

Ausbreitung der antibolschewistischen Revolution Rußlands.

Niederlage der Bolschewiki.

Kaenen, 17. März. (Pat.) Radio. Aus Riga wird von einer schweren Niederlage der Bolschewiki während des Sturms auf Kronstadt berichtet. Laut Nachrichten aus Helsingfors, haben sich Matrosen der Kaspischen- und Schwarzmeersflotte der ausländischen Bewegung angeschlossen. Diese Flotten befinden sich schon ganz in den Händen der Aufständischen.

Kaenen, 17. März. (Pat.) Radio. Kronstadt hat den von Trotzki vorgeschlagenen Waffenstillstand abgelehnt. Die Aufständischen wandten sich an die ausländischen Mächte mit der Bitte, ihre Korrespondenten nach Kronstadt abzusenden.

Kämpfe in Kronstadt und Petersburg.

Danzig, 16. März. (Pat.) Die „Danz. N. N.“ berichten aus Helsingfors: Die ausländische Bewegung in Rußland breitet sich immer mehr aus. Die Kämpfe in Kronstadt und Petersburg trugen in den letzten Tagen einen äußerst hartnäckigen Charakter. Die Sowjetregierung wollte Artillerieoffiziere aus Moskau nach Petersburg absenden; die Disziplin, sowie die ihnen unterstellten Abteilungen haben sich jedoch gewweigert, an den Operationen gegen Kronstadt teilzunehmen. Laut letzten nach unkontrollierbaren Nachrichten, soll die Besatzung von Krasnaja Sorka zu den Aufständischen übergegangen sein.

Helsingfors, 16. März. (E. G.) Die Krieger in Dornbaum hatten beschlossen, die Kronstädter Aufständischen zu unterstützen. Sie wurden mit Hilfe von Zöglingen der Staatsschule entwaffnet. 45 Krieger sind erschossen worden.

Paris, 16. März. (E. G.) Hier traf die Nachricht ein, daß Kronstadt große Munitionsvorräte besitzt. Die Besatzung der Festung Kronstadt erreicht 40.000 Soldaten. Das Bombardement der Horts hat keine ernstlichen Schäden verursacht. Die Zahl der Bewohnenden ist klein.

Die Verpflegung Kronstadts.

Paris, 16. März. (Polpreß.) Die hiesigen russischen Blätter widerlegen die Nachricht, als würde in Kronstadt ein Mangel an Lebensmitteln sich bemerkbar machen. Zwei Schiffe mit Lebensmitteln seien bereits in Kronstadt eingetroffen, zwei weitere sind unterwegs.



Zur Beschießung von Petersburg.

Trotz der Verschiedenartigkeit der spärlich aus Rußland eintreffenden Nachrichten erkennt man doch deutlich, daß im ganzen russischen Reich ein erbitterter Widerstand gegen die Tyrannie und blutige Herrschaft der Sowjetregierung entstanden ist. Am deutlichsten tritt diese Erscheinung in Petersburg zutage, wo in hartnäckiger Weise gekämpft wird. Hier ist die Bewegung gegen die Sowjetregierung übrigens wieder von Kronstadt ausgegangen, wo die Marine das Signal zum Aufstand gegeben hat.

Blutbad in Moskau.

Riga, 16. März. (Polpreß.) Die lettische Tel. Ag. erhielt die Nachricht, daß am 13. d. Mis. ein mehrere Tausend zählender Volkshausen, bestehend aus Arbeitern und ihren Frauen, sich der städtischen Wärdereien in Moskau in der Piatnielaga-Straße näherte, wo, wie verlautete, große Mehlvorräte sich befinden sollten. Ein wachhabender Soldat feuerte, ohne zu warnen, einen Schuß ab, durch den eine Frau getötet wurde. Der Volkshausen stürzte sich auf die wachhaltenden Soldaten und riß zwei von ihnen in Stücke. Ein zweiter Teil des Volkshausens zerstörte die Magazine, wo sich nur einige Hundert Pud Mehl befanden. Es gelang jedoch nicht, das Mehl fortzunehmen, weil inzwischen Chinesen in Lastautos eingetroffen waren, die gegen den Volkshausen eine Trommelfeuer eröffneten. Der Volkshausen ließ auseinander, mehrere Hundert Personen an Toten und Verwundeten zurücklassend.

Trotzki contra Lenin.

London, 16. März. (Polpreß.) Der „Morning Post“ wird aus Helsingfors gemeldet, daß Trotzki

und seine Anhänger eine scharfe Kampagne gegen Lenin begonnen haben, indem sie behaupten, daß die gegenwärtigen Unruhen durch sein Bösgen und seine Schwäche hervorgerufen wurden.

Die Bolschewiki drohen.

Petersburg, 16. März. (Pol.-Pres.) In Petersburg ist keine Klenderung eingetreten. Die Verpflegungsschwierigkeiten werden immer größer, weil mit den Zügen nur Militär oder Munition befördert wird. Wenn dieser Zustand noch eine Woche dauern und Kronstadt inzwischen nicht fallen sollte, wird in Petersburg der Ausbruch eines neuen Aufstandes erwartet. In dieser Voraussetzung erteilte Dzerzhynski den Befehl, eine große Zahl von Arbeitern als Geiseln zu verschaffen und machte zugleich bekannt, daß im Falle neuer Unruhen alle Geiseln erschossen würden.

Petersburg, 16. März. (Pol.-Pres.) Trotski sandte nach Kronstadt ein neues Ultimatum ab, in dem er droht, die Stadt in Trümmer zu legen, wenn sie sich nicht ergeben sollte. Die Kronstädter Aufständischen antworteten darauf, daß sie Petersburg mit Geschossen überhäufeln und die Bevölkerung dadurch zu einem neuen Aufstande zwingen werden.

Antibolschewistische Bewegung in der Ukraine.

Danzig, 16. März. (Pol.-Pres.) Die Danziger N. N. berichten aus London, daß die revolutionäre Bewegung in der Ukraine am Umfang zunimmt. Die Sowjetregierung zog ihre Truppen von der rumänischen Grenze zurück, um sie in Odessa zu verwenden. Die Garnison von Odessa soll zu den Aufständischen übergegangen sein. Die kommunistischen Truppen verlangen, Trotski solle die Führung der roten Armee niederlegen.

Im Kaukasus.

Paris, 16. März. (Pol.-Pres.) Die französische Militärmission in Konstantinopel erhielt eine Reihe von Nachrichten aus dem Kaukasus. Die russische Regierung und sämtliche ausländische Missionen befinden sich gegenwärtig in Katala. Es besteht die Gefahr, daß die Bolschewiki, ihre Macht ist jedoch dort nicht stark. In der Stadt finden unruhig Kämpfe zwischen den Kommunisten und grünen Sozialdemokraten statt, die Parteien-Abschlüsse bilden. Die Gerichte von einem Marsch der Arbeiter-Armee nach Grusen befehligen sich nicht. In der Gegend von Soczy und Kogry tauchten bolschewistische Infanterie-Abteilungen auf, sie wurden jedoch von den Grusenern mit Begeisterung zurückgedrängt. Vom Süden her ziehen noch Grusen-Kemalisten-Abteilungen, zu denen Kemal-Pascha sich nicht bekennen will und sie Ablehnungen der ausländischen Patrioten nennt. Nach letzten Meldungen bestreuen diese Abteilungen Kasch und Artwin und nähern sich Batum.

Der Handel mit Rußland unterbrochen.

Danzig, 16. März. (Pol.-Pres.) Auf Befehl der Sowjet-Vertretung in Berlin ist eine große Warenpartie, die nach Rußland abgehen sollte, in Stettin aufgehalten worden. In den Handelskreisen ist man der Meinung, daß noch keine Tendenzen bestehen, daß die Unruhen bald aufgehört werden und daß die Eisenbahnverbindung zwischen Riga und Reval sowie Moskau durch ausländische Abteilungen bedroht ist.

Zu Deutschlands Protest.

Berlin, 16. März. (Pol.-Pres.) Anlässlich des Protestes Deutschlands gegen die Zwangsmaßnahmen der Verbündeten schreibt das „Verl. Tagebl.“, daß dieser Protest schwerlich konkrete Ergebnisse zeitigen werde, meint jedoch, daß die gesetzlichen Beweise Deutschlands die Aufmerksamkeit der neutralen Mitglieder der Völker-Liga auf sich lenken werden.

Berlin, 16. März. (Pol.-Pres.) Teodor Wolff schreibt im „Verl. Tagebl.“, daß Frankreich nur auf dem Wege der Verständigung mit Deutschland und nicht mit Hilfe von Repressalien seinem militärischem Ehrgeiz genügen und die Früchte seines Sieges genießen könne.

Eine Note an Deutschland.

Paris, 17. März. (Pol.-Pres.) Die Entschädigungskommission richtete an die deutsche Regierung eine Note infolge einer Korrespondenz mit dieser Regierung in Sachen der Bezahlung von 20 Milliarden Mark in Gold, die Deutschland bis zum 1. Mai bezahlen sollte und auf Rechnung dieser Summe erst 8 Milliarden bezahlt hatte. Zu dieser Note teilt die Kommission der deutschen Regierung mit, daß sie verpflichtet ist, bis zum 1. Mai 20 Milliarden Mark zu bezahlen und zweitens, daß Deutschland bis zum 28. März eine Milliarde Mark auf Rechnung der 12 Milliarden, die es noch schuldet, niederlegen soll.

Die Forderungen der Koalition an Deutschland.

Danzig, 16. März. (Pol.-Pres.) Die hiesigen Missionen unterbreiteten der deutschen Regierung des Material bezüglich der Entschädigungs-Forderungen der einzelnen Entente-Staaten Frankreich berechnet seinen Schaden auf 218 Milliarden 642 Millionen Francs, England auf 2 Milliarden 642 Millionen 204,000 Pfund Sterling, Italien auf 83 Millionen 870,000 Lire, 128 Millionen 490,000 Pfund £1. und 37 Millionen 926,000 Francs, Japan 822 Millionen 80,000 Yen, Belgien 88 Millionen 880,000 belgische Francs, Polen 9 Milliarden 809 Millionen 881,000 Francs, 4 Milliarden 335 Millionen 48,000 Goldrubel und 50 Millionen deutsche Mark und die Tschechoslowakei auf 7 Milliarden 612 Millionen 400 Francs.

Aus Oberhessen.

Die verschiedene Telegramme aus Deutchen berichten, treffen in Oberhessen immer zahlreichere Züge mit Emigranten zur Abreise ein. Gestern ist auch ein Zug aus Polen angekommen, heute werden drei Züge erwartet. Desgleichen trafen polnische Oberhiesler aus Nordfrankreich und dem Elsaß ein. Aus Deutschland kommen fortwährend Eisenbahnzüge an, doch befinden sich unter diesen Oberhieslern auch solche, die für Polen stimmen werden. Das Komitee des Bergarbeiter-Verbandes hat nach Blättermeldungen erklärt, daß die Arbeiter und Bergleute für Polen stimmen werden aus politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen. Am 19. und 20. werden die Telephone und Telegraphen für das Publikum gesperrt, desgleichen werden keine Grenzpaßscheine ausgegeben.

Der neue Krieg gegen Deutschland.

Das Unterhaus hat gestern die Bill über die Randmaßnahmen betreffend die 60prozentige Ausfuhrabgabe auf die deutsche Ausfuhr in zweiter Lesung angenommen. Wie zu erwarten war, opponierten nur die Sozialisten und eine liberale Minderheit und daneben noch einige Abgeordnete als Wortführer der Handelswelt. Die Vorlage wurde wiederum vom Finanzminister Chamberlain eingebracht und begründet. An der Diskussion beteiligte sich auch Agnith. Nach Schluß der Aussprache ergriff Lloyd George zu längeren Ausführungen das Wort.

Chamberlain leitete seine Erklärungen mit Angriffen gegen die deutsche Regierung ein. Die Grundlage der Reparationsbill sei der Friedensvertrag von Versailles. Die Doktrin der deutschen Regierung, daß die Frage der Kriegsschuld und der Verantwortlichkeit von keinem Vertrag und von keinem Dokument festgelegt werden könne, sondern dem Urteil der Geschichte überlassen bleiben müsse, rüttelt an den Grundlagen des ganzen europäischen Friedens, falls diese deutsche Doktrin bedeute, daß, sobald Deutschland wieder stark genug sei, um gegen den Versailler Frieden zu treten, der Friedensvertrag nur noch ein Regen-Papier sei, und daß die Unterschrift unter dem Versailler Vertrag keine Ehrenschild mehr sei.

Die Hartnäckigkeit, mit der der englische Finanzminister immer wieder auf juristische Doktrinen zurückkommt, beweist, daß die Entente ihrerseits das ganze Verhältnis der Entente gegenüber Deutschland nicht als ein rechtliches, sondern als ein Gewaltverhältnis beurteilt. Das geht besonders hervor aus einer weiteren Äußerung Chamberlains, die Reparationsbill ermögliche, den Betrag der „Wiedergutmachung“ einzutreiben. Wenn Deutschland verlangen sollte, sich der Bezahlung der Wiedergutmachungen oder der Wirksamkeit der Reparationsbill, d. h. der Abgabe auf die deutsche Ausfuhr, zu entziehen, so werde die Blockade, die die Alliierten gegen Deutschland zu errichten imstande seien, genügen, um Deutschland zur Verzweiflung zu bringen. Aus diesen Sätzen geht hervor, daß die Entente in London beschloßen hat, eventuell, wenn die beschloßenen Zwangsmaßnahmen zu keinem positiven Ergebnis führen, die Hungerblockade wieder zu errichten und den Krieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung und gegen die deutschen Frauen und Kinder fortzusetzen.

Chamberlain erklärte, Deutschland dürfe sich nicht einbilden, daß es möglich sei, den englischen Handel zu ruinieren, indem es sich weigere, weiterhin an England zu verkaufen. Es gebe nichts, was Deutschland an England liefere, was England nicht eintreiben könne. Der Finanzminister schloß mit dem Appell an die Einkäufer des Exportes und ersuchte um sofortige Annahme der Vorlage.

Der Vertreter der Liberalen, Bottomley, ein bekannter Nationalist und besonderer Deutscherbegehr, begründete seinen Verwerfungsantrag, weil ihm die Maßnahmen der englischen Regierung nicht weit genug gehen, mit der bereits vor einigen Tagen bekanntgegebenen Theorie, daß eine rechtliche Satisfaktion der Entente nur in Berlin zu holen sei, und daß die einzig richtige Maßnahme sei, sofort nach Berlin zu marschieren. Agnith erklärte, das Unterhaus und das Land seien zwar einstimmig der Ansicht, daß die Ansprüche gerecht seien, aber der Gegenwurf der Regierung werde das gewünschte Ziel nicht erreichen, denn die deutschen Exporteure würden dieses Gesetz umgehen, indem sie den Preis ihrer Exporte erhöhen; die Vorlage der Regierung werde nur den englischen Handel selbst treffen.

Lloyd George kritisiert namentlich den Antrag Bottomley. Er möchte gerne wissen, was Bottomley von Deutschland erhalten zu können glaubt, wenn Berlin besetzt sei. Eine Befreiung von Deutschland würde eine starke Armee erforderlich machen, um die Verbindung der Verkehrslinien zu erhalten. Er persönlich sei der Ansicht, daß die Vorlage für den deutschen Handel, aber nicht für den englischen einen so schweren Schlag bedeute, daß Deutschland nicht zögern werde, demnach zu kapitulieren.

Englische Stimmen zur Reparationsbill.

In Bradford Liberal Club erklärte Sir John Simon, er betrachte den neuen Vorschlag Lloyd Georges, Deutschland für den Krieg zahlen zu lassen, mit Besorgnis. Nicht der Deutsche, sondern der Engländer werde auf diese Weise die Entschädigung bezahlen.

In einer in Leicester gehaltenen Rede erklärte Ramsay MacDonald, die augenblicklichen Vorschläge der Alliierten zur Eintreibung der Entschädigung seien irrthümlicher als irgendwelche Vorschläge, die jemals von irgendeiner Regierung unterbreitet worden seien. Dadurch würden nur die Alliierten die in die Entschädigungsschuld bezahlen.

Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die Reparationsbill werde nach Ansicht von Parlamentenmitgliedern ohne Wirksamkeit der deutschen Regierung auf zahlreich. Schwierigkeiten stoßen.

Unterzeichnung des rumänisch-polnischen Handelsvertrages.

London, 16. März. (Pol.-Pres.) Radio. Auf der gestrigen Konferenz Krasins mit dem englischen Minister Horn wurde der rumänisch-polnische Handelsvertrag endgültig abgeschlossen. Rußland verzichtet auf jede Propaganda außerhalb Rußlands, England soll dagegen strikte Neutralität in inneren Angelegenheiten Rußlands bewahren.

London, 16. März. (Pol.-Pres.) Der Handelsvertrag zwischen England und Rußland wurde unterzeichnet.

Rumänisch-polnische Handelsbeziehungen.

Bukarest, 16. März. (Pol.-Pres.) In den rumänischen Handelskreisen ist das Projekt entstanden, in Bukarest eine rumänisch-polnische Handelskammer zu gründen.

Lettsch-ukrainische Annäherung.

Miga, 17. März. (Pol.-Pres.) Radio. Die ukrainische Sowjet-Regierung schlug der lettschen Regierung vor, eine Delegation nach Moskau abzuschicken, um Verhandlungen über die Aufhebung von Beziehungen zwischen Sowjet-Ukraina und Lettland aufzunehmen.

Litauisch-lettsche Grenzfragen.

Miga, 17. März. (Pol.-Pres.) Radio. Professor Simpfon unterbreitete der lettschen Regierung seinen Plan in Sachen der litauisch-lettschen Grenze. Nach diesem Plan soll Lettland mit der nächsten umliegenden Litauen im Norden, Lettland soll dagegen etwa 14,000 Quadratkilometer und den Bezirk Muzir erhalten. Der lettsche Minister des Äußeren erklärte den Pressevertretern, daß die lettsche Regierung gegen den ersten Punkt dieses Planes Protest erheben wird, weil dadurch ein Gebiet mit 75% lettscher Bevölkerung von Lettland abgeschnitten würde.

Lettsche Vertretung in Washington.

Miga, 17. März. (Pol.-Pres.) Radio. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist mit der Ernennung eines lettschen Vertreters in Washington einverstanden.

Konferenz der Satzeffions-Staaten.

Wien, 17. März. (Pol.-Pres.) Radio. Die Konferenz der auf den Trümmern Oesterreichs erstehenden Mächte findet unter Wahrscheinlichkeit nach in Rom Ende März unter Leitung eines italienischen Delegierten statt. An der Konferenz werden teilnehmen: Oesterreich, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn.

Chronik u. Lokales.

Die Aufhebung der Konstitutionsannahme.

Die endgültige Abstimmung über das Konstitutionsgesetz erfolgte gestern in der Plenarsitzung und die Annahme des Grundgesetzes für das ganze Land hat bereits stattgefunden. Der Kampf, welcher um die Annahme oder Nichtannahme der einzelnen Paragraphen durch die verschiedenen Parteien während mehrerer Tage im Sejm geführt wurde, ist beendet.

Wie heiß um die eine oder andere Klausel der Verfassung gekämpft wurde, geht aus unserem gestrigen Bericht über die Schlussberatungen hervor, handelte es sich doch um ein Gesetz, nach welchem das neuerstandene Polen regiert werden soll. Hoffen wir, daß dieses Gesetz ein gerechtes für alle Volksklassen des vereinigten Polens sei.

Die Annahme der Konstitution gab in Lodz das Polizeioberhaupt, das mit klingendem Spiel und unter Vorantragung der Aufschrift „Konstitution“ in der Stadt umherzogen, durch die Petitionier-Strasse marschierte. Um 4 Uhr nachmittags hatte auch die Lodzer Wojewodschaft angeordnet, daß alle Regierungsgebäude anlässlich der Annahme der Konstitution flagen. Viele Bürger unserer Stadt haben freiwillig ihre Häuser geflaggt und so nahm unser Lodz schon gestern ein zum Teil festliches Gepräge an, obwohl die eigentliche Feier erst am Sonntag stattfinden wird.

In Warschau findet die offizielle Feier mit einem Parade Gottesdienst schon heute statt, ohne die Arbeit in den industriellen Unternehmen einzustellen.

Eine Denkschrift der Lodzer Industriellen.

Eine Abordnung der Lodzer Industriellen überreichte den Ministern für Handel und Industrie und Finanzwesen dieser Tage eine Denkschrift, in der die Wünsche der Lodzer Industrie zum Ausdruck gebracht werden. Es wird verlangt:

1. Die Aufhebung sämtlicher Beschränkungen der Ausfuhr von Textilwaren ins Ausland;
2. Die Einführung eines rationalen Zollschutzes durch Erhöhung der Zollhöhen im Verhältnis zum Sturz der polnischen Valuta.

Die vorgenannten Forderungen der Lodzer Industrie wurden von den Industriellen wie folgt begründet:

1. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Einschränkung der Einfuhr die Erwartungen enttäuscht und ein Anhalten des Sturzes unserer Valuta keinesfalls bewirkt hat. Was aber die Ausfuhr anbelangt, so hat ihre Einschränkung durch allerlei Formalitäten die unumkehrbare Ausfuhr-Faktive wenn

nicht ganz, so hoch im nahem Maße gehindert, zu einem Zeitpunkt, da die Ausfuhr von Textilwaren in Hinsicht auf den Absatz im Auslande möglich und für die Industrie günstig war, konnten Ausfuhrbeschränkungen nicht erwirkt werden. Daraus sticht die Beschränkung eine Entschädigung des ausgehenden inländischen Marktes und eine Verengung der Konkurrenz, so daß die Einführung der Ausfuhrbeschränkungen durchaus gerechtfertigt erschien. Gegenwärtig ist diese Beschränkung aber durchaus nicht mehr am Platze, da der Absatz von Textilwaren bei dem heute in der ganzen Welt beobachteten Stillstand im Handel überaus erschwert ist und ohne ernste Verluste für die Exporteure nicht bewerkstelligt werden kann. Unter solchen Verhältnissen ist kein Grund zur Annahme vorhanden, daß die Ausfuhr der Verengung des inneren Marktes schädlich beeinflussen werde, im Gegenteil: die Wichtigkeit und unumgängliche Notwendigkeit der Ausfuhr einsehend, werden die Industriellen Verbände gezwungen sein, ihren ganzen Einfluß, ja Zwang anzuwenden, um die Industriellen zur Vornahme der Ausfuhr zu bewegen; zu diesem Zweck müßte n. b. u. besondere Ausfuhr-Organisationen ins Leben gerufen werden. Zu deren erfolgreicher Tätigkeit ist jedoch in erster Linie die Aufhebung der die Ausfuhr erschwerenden Bestimmungen erforderlich, bei deren Weiterbestehen die Vornahme der notwendigen Experimente unmöglich wird. Ferner ist die Erlaubnis zur Ansammlung von Mitteln zur Ausfuhr von Ausfuhrprämien notwendig. Dieser Grundstock muß unserer Erziehung und regelmäßigen Einzahlungen aller Industrieller gebildet werden, und zwar im Verhältnis zur Zahl ihrer Maschinen oder der Menge des verarbeiteten Rohstoffes, damit sie die mit dem Export verbundenen Kosten in gleicher Weise tragen.

Wie zum Augenblick der Aufhebung des Ein- und Ausfuhrzolls, welche, nach unserer Überzeugung eine brennende Notwendigkeit darstellt, bitten wir, die Textilergänze (Textilwaren und Halbfabrikate) auf die Liste der zur Ausfuhr freigegebenen Waren zu stellen.

2. Die Einführung des durchgängigen freien Warenverkehrs ohne gleichzeitige Vernichtung des rationalen Zollschutzes müßte aber auf die Industrie tödlich wirken, daher verlangen wir, daß an Stelle der Anwendung der durchgängigen Zollfreiheit ein System eingeführt werde. Der Finanzminister gibt jeden Monat im Einvernehmen mit dem Industrie- und Handelsminister eine dem Maßstab unserer Valuta im Verhältnis zum Golde entsprechende Umrechnungsziffer bekannt, laut welcher die Zoll- und Zölle umgerechnet werden müssen.

Unserer Ansicht nach wird es dabei möglich sein, die von dem Tarif umfaßten Gegenstände in drei Gruppen einzuteilen: 1. Exportwaren, 2. notwendige Waren, die obwohl sie im Lande selbst erzeugt werden, in ungenügender Mengen vorhanden sind, 3. unbedingt notwendige Waren.

Für jede dieser Warengruppen sollte eine besondere Umrechnungsziffer festgelegt werden.

* **Der Namensstag des Staatschefs.** Gemäß einer Verordnung des Kultusministeriums wird der Unterricht in den hiesigen Schulen am morgigen Sonnabend anlässlich des Namensstages des Staatschefs nur bis 11 Uhr vormittags dauern.

* **Personalnachricht.** Der Wojewode A. Kamiencki begab sich heute in dienstlichen Angelegenheiten nach dem Wielun-Bezirk, der bekanntlich an Oberhessen grenzt.

* **Zur Registrierung der Männer der Jahrgänge 1890-1902.** In Ergänzung der Verordnung des Kriegsministeriums über die Registrierung der in den Jahren 1890-1902 geborenen Männer macht das General-Bezirkskommando bekannt, daß die Registrierung alle terminus beurlaubten Offiziere und die im selben Range stehenden Militärbeamten unterliegen.

* **Erhöhung des Tarifs für Auslandsdepeschen.** Mit dem 16. März l. J. ist ein erhöhter Tarif für Auslandsdepeschen in Kraft getreten. Wie wollen hier nur die bekanntesten Staaten anführen, mit welchen wir in Handelsbeziehungen stehen. So kostet ein Wort nach Oesterreich, Belgien, Dänemark, Holland und der Schweiz 22 Mark, nach Tschechien, Rumänien und Deutschland 10 Mark, nach Litauen, Estland und Lettland 48 Mark, Finnland, Norwegen und Griechenland 32 Mark, Italien 29 Mark, Großbritannien 35 Mark, europäische Türkei 62 Mark, Vain 128 Mark, Irland 49 Mark, England und Schottland 45 Mark.

* **Die Kanalisations- und Wasserleitungsanlage in Lodz.** Wie wir bereits an dieser Stelle berichteten, befaßt sich jetzt die Anabteilung des Lodzer Magistrats mit dem alten Projekt der Kanalisations- und Wasserleitungsanlage in Lodz. Dem angeordneten Plan zufolge sehen wir schon das Wasser des „Blauen Quells“ der Pilsa in unserer Stadt fließen, wie wissen auch, daß in Stof die Filter errichtet werden sollen usw. Interessant wäre es nur noch zu erfahren, von wo das Geld zur Bewirtlichung dieses schönen, bereits mehr als 25 Jahre alten Projekts, hergenommen werden soll.

* **Für Chauffeebanten im Lodzer Kreise** sollen Maschinen und Geräte angekauft werden. Der Lodzer Kreis-Semil hat hierfür in seinem Budget die Summe von 2 Millionen Mark vorgesehen. Die Dampfmaschinen für den Chauffeebau Lodz-Wielun sollen die Gemeindevverwaltungen Bruz und Wislun ankaufen.

* **Lebensmittel-Versorgung.** Gestern fand unter Vorsitz des Premiers eine Sitzung statt. Das Resultat der Diskussionen war die völlige Verwerfung des vom Minister Rozewski ausgearbeiteten Projekts zur Lebensmittelversorgung.

* **Zeitschriften in den Landkreisen.** Die Starosten sowie der Regierungskommissar für die Stadt Lodz wurden von der Lodzer Wojewodschaft aufgefordert, bis zum 6. April l. J. einen detaillierten Anschlag der im Bereiche des Lodzer Kreises erscheinenden Zeitschriften einzulegen, anzugeben ist auch die Höhe der Auflage sowie Name und Zweck des verantwortlichen Herausgebers.

Stadtverordneten-Versammlung. In der Dienstagssitzung der Stadtverordneten-Versammlung führte Herr A. Kemiszewski den Vorsitz. Nach Beendigung einiger Kommunikate erstattete der Stadtdirektor Gwalbinski Bericht über die Mißbräuche im ehem. Konvikte der billigen Küchen. Wie festgestellt wurde, sind seit Dezember 1919 überhaupt keine Bücher geführt worden. Es herrschte dort solche Unordnung, daß zur Prüfung der Rechnungen ein spezielles Beamten-Engagement werden mußte. Die Mißwirtschaft ist der Nachlassigkeit des früheren Schöpfen Herrn Otto zuzuschreiben, der sich um die Wirtschaft in den billigen Küchen überhaupt nicht kümmerte. Verschiedene Dokumente, auf Grund welcher Lebensmittel herangezogen wurden, waren nicht mit der Unterschrift des Herrn Otto, sondern mit seinem Familiennamen versehen, das dritte Personen nach ihrem Belieben besprochen haben, so daß verschiedene Lebensmittel in den Kellern gehandelt wurden. Charakteristisch ist auch die Tatsache, daß Herr Otto vom Küchenpersonal Geld geliehen hat. Die Prüfungskommission hatte einen schweren Stand, sich über die Höhe der bezugenen Mißbräuche ein Bild zu machen, worüber eine weitere Untersuchung geführt wird. Es wurde festgestellt, daß an den Mißbräuchen außer dem Schöpfen Otto, für den die deutsche Präsidentschaft, die seine Kandidatur aufgestellt hat, eine moralische Verantwortung tragen sollte, auch die Herren Kermas, Pawlak und der Kontrolleur Bolecki teilgenommen haben. Der Präsident Herr Njewski stellte mit, daß die Schuldigen dem Gericht übergeben wurden. Der Vorsitzende verlas hierauf einen Dringlichkeitsantrag des Magistrats über die Erhöhung der Kurkosten in den städtischen Hospitälern, wonach diese vom 1. Februar an betragen sollen: a) für chirurgische Kranke bis 210 Mark täglich, b) für innere Krankheiten bis 190 Mark, c) für Geisteskranken im Hospital „Kochanowski“ bis 200 Mark, d) im Anne-Marien-Hospital: in den Abteilungen für innere Krankheiten bis 150 Mark, für chirurgische Krankheiten bis 200 Mark täglich, e) für Epileptiker im evangelischen Hospital bis 70 Mark, f) für die Behandlung von Wunden bis 210 Mark, ferner für die Behandlung und Verpflegung von Personen in den städtischen Hospitälern gegen eigene Rechnung: a) auf den allgemeinen Sälen für innere Kranke 190 Mark täglich, b) für chirurgische Kranke 220 Mark, c) in der 2. Klasse (Zimmer für 2 Personen) für innere Kranke 230 Mark, d) in der 2. Klasse (Zimmer für eine Person) 255 Mark, e) für den Unterhalt einer eigenen Pflegerin 230 Mark, für Behandlung und Verpflegung von Personen, die in den städtischen Hospitälern auf Rechnung der industriellen Unternehmungen aufgenommen werden: a) auf allgemeinen Sälen für innere Kranke 200 Mark, b) für chirurgische Kranke 230 Mark täglich. Im Zusammenhang mit diesem projektiert der Magistrat die entsprechenden Positionen im Budget für das Jahr 1910/11 um 664.000 Mark zu erhöhen. Der Antrag des Magistrats wurde angenommen. — Hierauf wurden die Wahlen von 18 Gerichtsschöffen durch Beteiligung vorgenommen. Bei der Wahl der Kandidaten für die Kommission der Gewerbe-Kontrollen erhob Stadtdirektor gegen den Kandidaten Herrn E. Heimann Protest und nannte ihn einen „Knecht“. Für diesen Ausdruck wurde Stadtdirektor vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen. Stadtdirektor wies ausdrücklich die allgemeine bekannte Verdienste des Herrn Heimann. Auch der Präsident Njewski protestierte in energischer Weise gegen den Ausdruck des Herrn Stadtdirektor. Bei der Abstimmung wurde Herr E. Heimann zum Mitglied der Gewerbe-Kontrollen-Kommission gewählt. U. a. wurden die Antträge der Finanzkommission angenommen, wonach das Subsidium für die Ergänzungs-Kasse und für die Alphabeten von 40.000 auf 60.000 Mark und das Subsidium für die Bibliotheken bei den Bildungsbereichen der Berufsverbände von 60.000 auf 200.000 Mark erhöht wurden. Der Magistratsschöffe Wadzjan referierte über den Antrag des Magistrats in Sachen der Bestimmungen für die Realisierung einer 5prozentigen Anleihe der Stadt Łódź in Höhe von 20.000.000 Mark. Nach einer längeren Aussprache wurde der Antrag angenommen. Der Antrag, betreffend ein Subsidium für die Łódzjer Freiwillige Feuerwehr wurde bis zur nächsten Sitzung verlegt. Vom Komitee für soziale Selbsthilfe. In der Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums fand am Montag eine Versammlung zwecks Konstituierung des Komitees für soziale Selbsthilfe statt. Die Versammlung erstattete Herr Josef Wolejanski, der auch zum weiteren Leiter der Sitzung gewählt wurde. Als Beisitzende fungierten die Herren Antoni Wielewski und Wojciech Nowicki und als Schriftführer Herr Edmund Kotorzycki. Der Vorsitzende erklärte, daß die auf der letzten Sitzung geführten Debatten genügend geklärt wurden, so daß nunmehr zur Wahl des Komitees geschritten werden kann. Bezüglich der Verteilung der Mandate kam es zu längeren Diskussionen. Herr Weiß beantragte, in das Komitee den Regierungskommissar, den Verpflegungsreferenten, den Chef des Verpflegungsdepartements bei der Łódzjer Woiwodschaft, den Chef des Woiwodschafts sowie den Starost des Łódzjer Kreises aufzunehmen, was von der Versammlung angenommen wurde. Herr Marcinial schlug die Einleitung der Mandate der anwesenden Institutionen wie folgt vor: für die Kooperativen 6, für die professionellen Verbände 7, für die freien Berufe 3 und 1 Vertreter der Stadtverwaltung. Dieser Antrag wurde mit 26 gegen 10 Stimmen angenommen. Gewählt wurden in das Organisationskomitee von Seiten der Kooperativen die Herren: Josef Wagner, Antoni Gbypert, Stanislaw Kozajski, Michal Gudzien, Stanislaw Nowicki, Josef Domejzski, Tomasz Marciniak, Josef Luchynski, Josef Wolejanski und Andrzej Kozymarek. Von den freien Berufen Richter Jarzobski und Ingenieur Bajer. Die anderen Mandate wurden offen gelassen mit Ausnahme der Eingangs erwähnten Vertreter der Regierung. Nach den Wahlen sprach Sejmabgeordneter Michalak über die Verpflegungspolitik der Regierung. Es wurden vom letzten Getreide 48.000 Waggons aus Kongresspolen, 12 aus Klempolen und 17 aus Großpolen vorgehen. Dagegen wurden bis 1. Februar geliefert

aus Kongresspolen 18.500, aus Klempolen 4 und aus Großpolen 8 Waggons, zusammen anstatt 47.000 nur 27.500 Waggons. Die Verflechtung der Städte bedarf aber 9000 Waggons monatlich. Infolgedessen erhöht Łódź kaum 1/2 Teil des nominalen Getreidekontingents. Sejmabgeordneter Michalak betonte zum Schluß seiner interessanten Ausführungen, daß das Steigen der Preise für Artikel des ersten Bedarfs nicht früher aufhören würde, bevor nicht den Produzenten im ganzen Lande Höchstpreise vorgeschrieben werden. Bisher wurden aber nur die Händler für Bücher verfolgt. Die Versammlung nahm auch eine dahingehende Resolution an, welche den Zentralbehörden unterbreitet wird. Die Künstlerwelt Posen's bereitet viele besondere Veranstaltungen für die Zeit der „Polen-Messe“ vor, um den Gästen den Aufenthalt in der Residenzstadt Großpolen's angenehm zu gestalten. In den Posener Theatern finden spezielle Vorstellungen statt, ein Nationalchor, bestehend aus 500 Personen, unter Leitung des Komponisten Herrn Nowowiejski wird einige Konzerte geben, der Musikverein „Polonia“ wird das Oratorium „Slaby Królowski“ von Jan Soltys ausführen. Alle anderen entsprechenden Organisationen werden zur Unterstützung der ersten großen Messe in Polen beitragen, die verpflichtet, in jeder Beziehung interessiert zu werden.

Bestätigte Baupläne. Die Baubehörde des Magistrats bestätigte nachstehende Baupläne: Polnisch-Baltische Gesellschaft, Kosteńsko-Allee Nr. 50 zum Bau einer Garage, Firma Swelna, Panek 125, zur Hebung eines Gebäudes, Gebr. Meißner, Jarzowski-Straße, zur Errichtung zweier Partiergebäude und Schuppen, Christlicher Arbeiterverein zum Bau eines Raumes für den kinematographischen Apparat. Pferdelikitation. Heute Freitag, um 10 Uhr vormittags, gelangen auf dem Pferdestande in der Seebnia-Straße 135 drei ausgediegene Militärpferde zur öffentlichen Versteigerung.

Eine neue Walfahrt. Am Dienstag verlegte, dem „Kurjer“ zufolge, die Kriminalpolizei die Mehloerkauf-Abteilung des Brot- und Mehloerkauf-Komitees und nahm die Bücher mit. Gleichzeitig wurde der Leiter dieser Abteilung Stanislaw Goding verhaftet. Das Resultat der Walfahrt ergab, daß Goding Mißbräuche verübte. Der seines Amtes enthobene G. war Angestellter des Magistrats seit dem Jahre 1915. Die Walfahrt wurde auf Grund der Beschwerde einer der Łódzjer Kooperativen, welche nicht das erforderliche Mehloerkaufquantum erhielt, aufgedeckt. Es erwies sich, daß Goding dieses Mehloerkaufquantum sich angeeignet hat.

Pucin-Maschinen. Morgen findet im Konzertsaal ein grandioser Pucinball zwischen den Kinderheim „Hergizah“ statt, für welchen ein äußerst reichhaltiges Programm zusammengestellt wurde. Wir weisen auf diese Veranstaltung in Anbetracht des wohltätigen Zweckes derselben in empfehlendem Sinne hin.

Der verbürgende Mittelstand. In wem gehen und ringen der Krieg und seine Folgen an härtestens aus? Doch nur an denen, die gerade durch ihre Bildung, durch ihre Grundzüge der Pflicht, der Redlichkeit, der Ehrlichkeit und der Bescheidenheit am wenigsten für den bedenkenlosen Kampf aller gegen alle gerüstet sind, an dem gebildeten Mittelstand mit seinem großen Gehalte von Pensionisten und verwitweten Frauen. Wie viele und wie große Leiden hat er bisher nicht schweigend ertragen, wie oft hat nicht das Volk den Erschölen auf einem Sarg ein stammes Trauerspiel beweidet! Aber manchmal erheben sich die Worte die Tatkraft einen lauten durchdringenden Protest gegen das harte und unbediente Schicksal der Gebildeten. In Łódź ist der Vorsitzende eines Straßenausschusses, der als Zarisch geachtete Gerichtsrat Edmund Kesselbauer, buchstäblich Hungers gestorben, hat die Differenz zwischen seinem Einkommen und dem Verbrauch für fünf Kinder mit seinem Leben bezahlt. In der gleichen Stadt hat sich der Oberarzt Kovitz verkränkt, um dem Hungertod zu entgehen. Er war einer von den Kriegsgeliebten, wohnte in einem Waggon mit Frau und vier Kindern und hatte nach langen Sagen eine Stellung mit 950 K. monatlich gewonnen. Zuletzt verkaufte er den Rest seiner Habe, teilte, gab den Erbs seiner Frau und behielt nur so viel für sich, um Strg hin zu kaufen. Das alles geschieht in der Hauptstadt eines Landes, dessen Gelobtes doppelt so hoch ist wie der unsre und das über reichliche Bestände von Nahrungsmitteln verfügt. Man kann also wohl annehmen, daß das Schicksal des Mittelstandes hier noch viel schwerer ist. Wissen ist nicht mehr eine Macht, sondern eine Bürde, die Lebenskraft liegt nicht im Gehirn, sondern in den Ellenbogen, und über die Leute mit geistiger Bildung geht die Faust des Wirtschaftens hinüber und läßt sie als zerkleinerte Opfer liegen. ...

Verhaftet wurde ein gewisser B., der sich mit der Anfertigung gefälschter Militärpapiere und anderer Dokumente befähigte. Bei eines in dessen Wohnung vorgenommenen Revision wurden Stempel und andere Beweismaterial gefunden.

Diebstähle. Aus dem Laden des Walenty Łomjzki an der Namrostr. 87 wurden verschiedene Waren im Werte von 100.000 Mark und aus der Wohnung des W. Kossim an der Wolborokastr. Nr. 32 Kleiderstücke im Werte von gleichfalls 100.000 Mark gestohlen. Von den Dieben fehlt bisher jegliche Spur.

Unbestätigte Telegramme. Baltanow und Koen, beide aus Warschau, Jozak aus Bendzin, Sapper-Regiment aus Sieradz, Guralski aus Chemnitz, Valaroz aus Sierow, Piotrowski aus Paris, Blumensfeld aus Ostrow, J. Jozak aus Sulejow, Weimann aus Daron, Winkel aus Manchester, Stankot aus Danzig, Bauer aus Gombin, Bernstein aus Kolo, Szerejewski aus Mailand.

Polnische Staatslotterie. Am 6. Ziehungsstage der fünften Klasse wurden nachstehende größere Gewinne gezogen: 20.000 Mark auf Nr. 4113 52144. 10.000 Mark auf Nr. 944 12834 57175 57438.

8.000	12.000	16.000	20.000	24.000	28.000	32.000	36.000	40.000	44.000	48.000	52.000	56.000	60.000	64.000	68.000	72.000	76.000	80.000	84.000	88.000	92.000	96.000	100.000		
27398	30992	31064	32208	41011	41963	51421	63954	64038	71734	74187	74825	2.909	2.909	2.909	2.909	2.909	2.909	2.909	2.909	2.909	2.909	2.909	2.909	2.909	
23070	20703	21194	22504	24174	25187	26329	27630	29031	30532	32133	33834	35635	37536	39537	41638	43839	46140	48541	51042	53643	56344	59145	62046	65047	
1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	
1486	1729	1780	2454	2583	2618	3259	3282	3303	3316	3337	4198	4206	4598	6379	7015	7100	7464	7678	8160	8109	8301	9827	10104	10173	10321
10927	10950	11426	11771	12344	12407	12793	13218	13192	13460	13495	13003	13937	13874	13964	13843	13703	13523	13281	12923	12459	11879	11194	10473	9721	8969
20350	21204	21210	21615	22829	23354	24047	24101	24348	24942	24899	25013	25877	26077	26127	27829	28182	28554	28621	29244	29345	30788	31403	31593	32353	32783
30702	32301	33169	33404	33887	34477	34910	35295	35672	36041	36392	36725	37127	37507	37863	38192	38502	38792	39072	39341	39599	39846	40082	40307	40521	40724
42040	42957	43011	43044	43144	43450	43853	44251	44644	45032	45415	45793	46166	46534	46897	47255	47608	47956	48300	48639	48973	49302	49626	49945	50259	50568
50911	50774	51521	51924	52327	52489	53023	53523	54019	54511	54989	55463	55932	56397	56858	57314	57765	58212	58655	59094	59529	59960	60387	60810	61229	61644
61855	62300	62748	63194	63638	64079	64516	64949	65378	65803	66224	66641	67054	67463	67868	68269	68666	69059	69448	69833	70214	70591	70964	71333	71698	72059
72051	71731	72024	72298	72309	72714	74045	74049																		

In der Redaktion eingegangene Spenden.

An Stelle eines Kranke auf das Grab von Frau Karu Wiedermann bewachte Herr Adolf Danne senior für das Greifenheim 800 Mark.

Im Namen der bedachten Institution herzlichen Dank.

Kunstnachrichten.

Polnisches Theater. Heute gelangt zum ersten Male „Wosolo“, Drama in 3 Akten von St. Wyspianski zur Aufführung. Dieses Drama wird in unserer polnischen Theater eine besonders schöne Ausstattung erhalten.

Konzertsaal. Ingunsten unbemittelter Schülerinnen des Gymnasiums von Fr. Rajta findet heute im Konzertsaal ein großes Konzert statt. Es wirken mit: Fel. Wsch, Mitglied der Warschauer Oper, Fr. Jozaniella, Zitherspielerin und Karl Schreier, Klaviervirtuose. Beginn 8 Uhr abends.

Aus Warschau.

Eine Demonstration der Juden-Orthodoxen. Am vergangenen Sonntag fand hier eine originelle Demonstration der Juden-Orthodoxen statt, wobei die berittene und die Fußpolizei eingreifen mußte. Die Demonstration trug folgenden Charakter: Am vergangenen Sonntag hat die jüdische Gemeindeverwaltung den Prediger aus der Synagoge in der Homacki-Straße Dr. Samuel Poganski zum Rabbiner von Warschau ernannt. Die jüdische orthodoxe Bevölkerung Warschaus fühlte sich durch diese Ernennung beleidigt und wollte eine Person mit weltlicher Bildung zum Warschauer Rabbinat nicht zulassen. Am vergangenen Sonntag abend veranstalteten die Orthodoxen in dieser Angelegenheit einige Versammlungen in verschiedenen Stadtteilen. Am Sonntag, um 11 1/2 Uhr vormittags, als die jüdische Gemeindeverwaltung eine Sitzung abhielt, versammelte sich vor dem Gemeindehause in der Gygowska-Straße Nr. 28 ein Volkshaus von etwa 8 Tausend Personen. Ein Teil der Versammlung drang in das Haus ein und rief: „Nieder mit der Gemeindeverwaltung“, „Nieder mit Dr. Poganski“ u. s. w. Eine Delegation der Orthodoxen begab sich hierauf nach der Kanzlei der Gemeindeverwaltung und überreichte dort einen Beschluß, der in den Versammlungen angenommen wurde. Am 12/1, wurden die Demonstranten von der inzwischen eingetroffenen Polizei zerstreut.

Früh am Morgen von Waren wurden im Mototower interniert, Abraham Kupfermann, Aaron Goldberg, Lewin, Ehrenberg, Pinus und andere.

Wohnungsgesetz und Universitäts (Eine Reihe von Professoren der Warschauer Universität wollen die Stadt verlassen, weil sie keine Wohnungen gefunden haben.)

Verhaftung von Kettelhäusern. Auf Verfügung des Regierungskommissars wurden wiederum 7 Kettelhäuser verhaftet und im Mototower interniert, und zwar: 1) Abraham Kaufmann, Besitzer eines Federlagers, 2) Aaron Goldberg, Besitzer eines Lagers von elektrotechnischen Artikeln, 3) Lewel Wenda, Sagenschreiber der chemischen Branche, 4) Pinus Nowyja (Eulenberg), 5) Pinus Hosenberg, Besitzer einer Niederlage mit fertigen Kleidern, 6) Wolf Kabanowicz, Besitzer eines Expeditionsbüros, 7) Gedajsa Gielegzinski, Besitzer eines Expeditionsbüros.

Erordnung dreier Polizisten. Im Dorfe Kaleny Duz, Gemeinde Raszyn, kamen zu dem Landmann Franz Kosproy zwei Soldaten und boten um Nachlaß. Nach einer Zeit erschienen dort die Polizisten Wladislaw Bendzjan und Jan Kabanowski, mit Gewehren und Revolvern bewaffnet, um die Verhaftung der Soldaten festzustellen. Da die Dokumente ihnen verdächtig erschienen, wurden die Soldaten verhaftet. Auf dem Wege nach der Gemeindeverwaltung in Raszyn stießen sich plötzlich die Verhafteten auf die Polizisten, nahmen ihnen die Revolver ab und streckten sie durch einige Schüsse tot zu Boden.

Der Polizist der Gemeinde Raszyn Stefan Szwardowski, der die Deserteure Henryk Maciejczyk und Peter Kita eskortierte, wurde von ihnen zehn Mark von Raszyn erschossen. Die Deserteure sind geflüchtet.

In kurzen Worten.

Die Verhandlungen zwischen Danzig und Polen über die Aufhebung der Wirtschaftsgrenzen sind bis zum 31. März verlegt worden.

Wilerand ist von seiner Reise nach Paris zurückgekehrt.

Auf der letzten tschechischen Parlamentsitzung in Prag wurde ein Gesetzentwurf über Rechte und Pflichten angenommen.

Während der letzten Volkszählung stellte sich heraus, daß in Prag 217.608 Tschechen, 16.249 Deutsche und 4.011 Juden wohnen.

Der staatliche tschechische Wirtschaftsrat nahm eine Entscheidung an, wonach in Folge der zeitlichen Finanzlage die Preise für Mehl und Brot erhöht werden sollen.

Warschauer Börse.

Notierungen vom 17. März (Pat.)		
gezahlt.		
6%	Anl. d. St. Warschau 1915/16.	—
8%	Anl. d. St. Warsch. 1917 für Mk. 100	107,50—107,50
4%	Pfandbr. d. Bodenkred.-Ges.	280—287,50
4 1/2%	Anl. d. St. Warschau.	830—835
4 1/2%	Anl. d. St. Warschau.	285
Bargeld:		
	Zarenrubel à 100	—
	Zarenrubel à 500	—
	Duma Rubel à 250	—
	Duma Rubel à 1000	78
	Ver.-St.-Dollars	857
	Franz. Franks	833
	Schweizerische Franks	—
	Pfund Sterling	—
	Deutsche Mark	14
	Tschocho-Slowakische Kronen	13,50
Aktion:		
	Handelsbank in Warsch. VII.	1650—1675
	Westbank	1340—1350
	Kreditbank in Warsch.	280—282,5
	Diskontobank in Warsch.	2325—2400
	Łódzjer Kaufmannsbank	—
	Kleinpoln. Bank in Krakau	—
	Ostrowiecker Gesellsch.	9500—9525
	Borkowski	3350—3360
	Firley	2780—2740
	Jablkowski	2400
	Lilpop	—
	Rulski	24200—23200
	Ges. der Zuckerfabriken	10100—10400
	Starachowski für 500 Mk.	12900—12325
	Zawiercia	81000
	Lyardow	42000—33500—39000
	Schiffahrts-Ges. I.-III.	2500—2450

Am Donnerstag, den 17. März um 2 Uhr morgens entließ nach längerem Leiden unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Wilhelmine Gabriel, geb. Engel,

im ehrenvollen Alter von 80 Jahren. Die Beerdigung der teuren Entschlafenen findet Sonntag, den 19. März um 8 Uhr nachm., vom Trauerhause Alexanderstraße Nr. 104 aus, auf dem alten evangelischen Friedhofe statt.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres Lieben unvergesslichen

Berta Schidtan, geb. Michel,

sprechen wir hiermit Allen unseren tiefempfindenen Dank aus. — Insbesondere aber danken wir der hochwohlwolligen Gerechtigkeit für die tröstlichen Worte am Grabe, sowie den edlen Kranz- und Blumenspendern.

Die tiefbetrübteten Hinterbliebenen.

